

Neue Einsparungen bei VW

Das Budget für die Abteilungen soll laut IG Metall um sechs Prozent gekürzt werden.

Von Hannah Schmitz

Wolfsburg. Die Sparmaßnahmen bei Volkswagen gehen offenbar weiter. Als Konzern-Chef Matthias Müller nach dem Skandal um manipulierte Abgaswerte das Ruder in Wolfsburg übernommen hatte, verordnete er dem Unternehmen unter dem Motto „Together – Strategie 2025“ ein Maßnahmenprogramm zur Neuausrichtung und Effizienzsteigerung. Dieses betrifft nun auch die Konzernstellen, also Abteilungen des Konzerns: Sie sollen bereits im laufenden Jahr mit einem um sechs Prozent gekürztem Budget auskommen. So steht es im Wahlprogramm zur Betriebsratswahl 2018 der IG Metall bei VW. Der Betriebsrat fürchtet offenbar einen Stellenabbau.

Nach Angaben von Horst Call, Professor für Arbeits- und Wirtschaftsrecht an der Ostfalia, sei es – losgelöst von VW – durchaus üblich, dass Unternehmen nach dem Gießkannenprinzip jeder Stelle Einsparungen verordnen würden. Diese Abteilungen müssten dann Maßnahmen entwickeln, wie sie die Vorgaben umsetzen wollen. „Das kann zum Beispiel Einsparungen beim Einkauf oder



Das Verwaltungsgebäude der Volkswagen AG.

Foto: dpa

eine Optimierung der Abläufe bedeuten. Es kann aber auch das Personal betreffen“, so Call.

Die „Together“-Strategie lässt das offen. Hier heißt es, dass die Sachinvestitionen und die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung effizienter gestaltet werden sollen. Weiteres Einsparpotenzial gebe es bei der allgemeinen Vertriebs- und Verwaltungskosteneffizienz. „Anspruch ist es, die operative Exzellenz in allen Bereichen des Konzerns zu verbessern“, hieß es dazu gestern vom Unternehmen.

Der Betriebsrat empört sich vor allem darüber, in die Entschei-

dung um die Budget-Kürzungen nicht eingebunden worden zu sein. „Diese Maßnahme ist nicht mit dem Betriebsrat abgestimmt“, heißt es im Wahlprogramm auf der Webseite der IG Metall. Die Betriebsräte fordern, dass der Vorstand „Alleingänge“ unterlässt und gemeinsam mit der IG Metall eine Strategie für die Konzernstellen vertraglich festlegt.

Auch den Punkt „Leiharbeit“ will sich die IG Metall in der kommenden Wahlperiode von Mai 2018 bis zum Jahr 2022 vorknöpfen. So will sie mit dem Vorstand darüber sprechen, wie dieser „generell mit Leiharbeit umgehen

wird“. Eine Frage, die zu klären sei, wäre, „ob wir in Zukunft generell komplett auf Leiharbeit verzichten und stattdessen sofort befristet einstellen“. Für Leiharbeiter müssten in jedem Fall laut IG Metall nicht nur Gleichbehandlung und gleiche Bezahlung gelten, sondern ihnen auch klar benannte Einsatzzeiträume genannt sowie einen Risiko-Zuschlag gezahlt werden. „Nur so lässt es sich aus Sicht der IG Metall im VW-Betriebsrat sicherstellen, dass es sich bei Leiharbeit tatsächlich um eine kurzfristige Abdeckung von Produktionsspitzen handelt“, heißt es im Wahlprogramm.

Der sogenannte „Zukunftspakt“ der VW-Kernmarke sieht vor, dass insgesamt 23 000 Arbeitsplätze abgebaut werden – sozialverträglich, ohne betriebsbedingte Kündigungen. 9000 „Zukunftsarbeitsplätze“ sollen im Gegenzug entstehen. Auch die Leiharbeit soll bis 2020 nahezu auf Null zurückgefahren werden – die Marke will Leiharbeit künftig ausschließlich zur Abdeckung von Auslastungsspitzen einsetzen.

In den vergangenen Monaten wurden bereits die Verträge Hundertter Zeitarbeiter an den VW-Standorten nicht verlängert.